Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 16

Artikel: Aufschlüsse über das Comecon ... den Warschauer Pakt ... und den CSSR-Lebensstandard

Autor: E.S.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076568

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Aufschlüsse über das Comecon...

Der bekannte tschechoslowakische Oekonom R. Selucky veröffentlichte vor kurzem in der Prager «Volkszeitung» (Nr. 28, S. 6) eine sehr interessante und aufschlussreiche Analyse über Entstehung, Tätigkeit und Charakter der wirtschaftlichen Dachorganisation des Ostens, die amtlich Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, im Westen auch Comecon genannt wird. Die Darstellungen des tschechoslowakischen Experten sind deshalb von Bedeutung, weil sie jene Tatsachen bestätigen, die in westlichen Fachkreisen schon längst bekannt waren, von den östlichen Parteipropagandisten dagegen lautstark bestritten und als reine Erfindungen der kalten Krieger bezeichnet wurden.

Schon der Name dieser Organisation — schreibt Selucky — sei viel mehr *ideologisch* als sachlich, denn wer würde schon daran denken, dass vielleicht die Mongolei der CSSR oder Bulgarien der Sowjetunion «Hilfe» leisten könne. Zur Zeit der Entstehung des RGW spaltete sich die Welt «in zwei unversöhnliche Lager», zwischen denen sich als Vorbote des kalten Krieges auch ein «Eiserner Vorhang» senkte. Zur Stärkung der militärischen Kraft des sozialistischen Lagers musste eine schnelle Industrialisierung sowjetischen Typs» durchgeführt werden. Sie war «eine treue Kopie der sowjetischen Fünfjahrpläne», das heisst die absolute Bevorzugung der Schwerindustrie gegenüber der Konsumwarenproduktion. Als Folge entstanden in den einzelnen Ostblockstaaten naturale Wirtschaftssysteme, deren Staaten bestrebt waren, «die sowjetische Theorie der *wirtschaftlichen Autarkie*» zu verwirklichen, um sich von den «lebenswichtigen Zufuhren aus dem Ausland» unabhängig zu machen. Folglich war somit «das Programm des damaligen RGW *keineswegs die Integration*, sondern das Bestreben, dass alle Volksdemokratien ihre Industrialisierung maximal beschleunigen und der westlichen, im Nordatlantikpakt zusammengeschlossenen Welt, die den grösseren Anteil an der ökonomischen Macht der Erde in ihren Händen vereinigte, ein reales *wirtschaftliches Gegengewicht* entgegensetzen würden». Dieses Ziel konnte nicht im gewünschten Umfang realisiert werden; heute ist bereits offensichtlich geworden, dass der RGW die gleiche ‚Krise' durchmacht wie das absterbende stalinistische Modell der sozialistischen Oekonomik in seinen einzelnen Mitgliedstaaten». Diese Organisation sei ebenso reformbedürftig wie die Volkswirtschaften ihrer einzelnen Mitglieder. Von einer echten, auf internationalem Massstab beruhenden Integration könne solange nicht die Rede sein, bis die Volkswirtschaften der einzelnen Länder bereinigt und der *Markt* als das einzig integrierende Element anerkannt werde. Denn ohne einheitliche Binnenmärkte könne sich auch kein funktionsfähiger Weltmarkt entwickeln.

«Der einzig objektive Massstab der Volkswirtschaft ist der *Weltmarkt*, ebenso wie der einzige objektive Massstab für die Leistung der einzelnen Unternehmen der Binnenmarkt eines jeden Landes ist. In den Mitgliedstaaten des RGW *existiert faktisch kein Binnenmarkt*, denn vorläufig bestehen keine Marktwirtschaften. Die Preisstruktur der einzelnen Mitgliedstaaten bietet *kein* Abbild der realen ökonomischen Beziehungen. Die gegenseitigen *Valutakurse* sind weder eine Widerspiegelung der inneren Kaufkraft noch der Produktionskosten. Vielleicht ist das folgende übertrieben gesagt, aber *wenn in diesem Augenblick nicht der Kapitalismus mit seinem Weltmarkt und seinen Weltmarktpreisen existierte, würde die einzige reale Basis für den gegenseitigen Warenaustausch zwischen den sozialistischen Ländern verschwinden.*»

In der Wirtschaft der einzelnen Mitgliedstaaten kann man das Fehlen eines Binnenmarktes sowie eines objektiven Preissystems mit dem staatlichen Dirigismus noch irgendwie ersetzen. Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe dagegen kann *keine* Befehle erteilen, sondern nur Empfehlungen unterbreiten. Wenn ein internationales Organ über keine Vollmachten verfügt und bei seinen Mitgliedern keine echten marktmässigen Bedingungen bestehen, so muss die Zusammenarbeit sich zwangsläufig auf den bilateralen Weg beschränken. Für multilaterale Abkommen gibt es unter solchen Umständen nur wenig reale Aussichten.

Klarer und begreiflicher hätte man die bestehenden Mängel des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe nicht zusammenfassen können. Die Vorwürfe des tschechoslowakischen Nationalökonomen sind im wesentlichen nicht neu, denn auch andere Mitglieder des Rates beklagten sich schon wiederholt über den fehlenden Multilateralismus, an dem auch der vor einigen Jahren mit grossem Propagandaaufwand geschaffene «konvertierbare Rubel» nicht viel ändern konnte. Sogar die Gründung der Internationalen Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit konnte in dieser Beziehung keine konkreten Erfolge aufweisen. Vom sowjetischen Standpunkt aus gesehen ist der Bilateralismus — sofern es sich um wirtschaftlich wesentlich schwächere Partner handelt — keine so schlechte Lösung, denn sie ermöglicht, die wirtschaftliche Uebermacht Moskaus differenziert einzusetzen, um gewisse politische Konzessionen zu erzwingen. E. S.

...den Warschauer Pakt

Der rumänische Parteichef Nicolae Ceausescu hat Mitte Juli in einer Rede in Galatz einige bedeutsame Präzisierungen zu Sinn und Zweck des Warschauer Paktes vorgenommen. Diese Ausführungen waren zweifellos zur Unterstützung Prags an die Adresse Moskaus gedacht. Ceausescu sagte insbesondere:

«Der Warschauer Pakt wurde, als er zustande kam, als ein Instrument der kollektiven Verteidigung der Mitglieder für den Fall eines imperialistischen Angriffs aufgefasst. Niemals haben wir auch nur einen Augenblick lang den Warschauer Pakt als Rechtfertigung für die Einmischung in die internen Angelegenheiten eines anderen Landes angesehen. Wir glauben, dass es die Pflicht jedes Volkes und jeder Partei ist, das eigene Leben entsprechend den eigenen Gegebenheiten und Zielsetzungen zu gestalten. Niemand kann beanspruchen, der Träger einer universellen Wahrheit oder einer universell gültigen Methode des sozialistischen Aufbaus zu sein, wobei jeder, der nicht zustimmt, vom Sozialismus abweiche.»

Interessanterweise hat die rumänische Presse gleichzeitig einen Leitartikel der tunesischen «Action» veröffentlicht, in welchem die sowjetischen Druckmittel gegenüber der Tschechoslowakei als «überholte Praktiken, die zum Scheitern verurteilt sind», bezeichnet werden. Ein bedeutsamer Wink aus Afrika.

...und den CSSR-Lebensstandard

Der tschechoslowakische Nationalökonom und stellvertretende Ministerpräsident Prof. Ota Sik hat im Prager Fernsehen nachgewiesen, dass die Bevölkerung seines Landes in den letzten Jahren einer relativen Verarmung entgegengegangen ist. Der durchschnittliche Monatslohn des tschechoslowakischen Arbeiters stieg von 1955 bis 1965 um 25 Prozent an, jener seines österreichischen Kollegen aber um 100 Prozent und des westdeutschen gar um 150 Prozent. Im gleichen Zeitraum stiegen die Reallöhne in der CSSR um 37,5 Prozent, in Oesterreich um 54 Prozent und in der Bundesrepublik um 93 Prozent. Als die Marxsche Voraussage der «absoluten Verarmung» sich nicht bewahrheitete, führte Lenin die Theorie der «relativen Verarmung» ein. Diese hat sich bestätigt, aber in den falschen Ländern. In der Form ein kleiner, im Inhalt aber ein nicht unwesentlicher Unterschied.

Prof. Sik stellte zudem einen Vergleich der Arbeitsstunden an, die ein tschechoslowakischer und ein westdeutscher Arbeiter zum Kauf bestimmter Konsumgüter aufwenden muss. Hier einige Angaben:

	Zahl der Arbeitsstunden	
	CSSR	BRD
Nähmaschine	287	88
Schreibmaschine	129	32
Kofferradio	117	12
Fernsehapparat	470	133
Erdbeerkompott	1,2	0,27
Würstchenkonserve	1,6	0,44
Nescafé	4,2	0,5
Fleischkonserve (17,7 kg)	53,9	27,4
Schokolade (1 kg)	10,5	1,5
Schuhe (1 Paar)	17	6
Damenstrümpfe	5,8	0,8

Diese enormen Kaufkraftunterschiede dementieren eindrücklich die Behauptung, wonach nur die leninistische Wirtschaftspolitik den Werktätigen ein stetiges Wachstum des Realeinkommens zu sichern vermöge. Das Gegenteil ist der Fall, und zwar auch dann, wenn die Sozialleistungen in den Lohnvergleich einbezogen werden.